

Wirtschaft & Staat vs. Mafia – Kriminelle Vereinigungen im Vergleich

Regierungen äußern sich stets kritisch über die Arbeit von Mafia, Kartellen und organisierten Kriminalität. Sie feiern Drogen- und Waffenfunde sowie Festnahmen von Größen aus der Unterwelt als Sieg gegen das Verbrechen. Mit der Forderung der CDU, den Zugriff auf das Vermögen krimineller Straftäter zu erleichtern, ist für mich die Zeit gekommen, ein Mal mehr denen genauer auf die Finger zu schauen, die das Maul aufreißen und Recht und Ordnung predigen.

Waffen-, Menschen- und Drogenhandel, Schutzgelderpressung, und Glücksspiel – dass diese Art der beruflichen Betätigungen nicht immer als illegal eingestuft werden, zeigt der direkte Vergleich zwischen Regierungen und Wirtschaft auf der einen und der Mafia auf der anderen Seite. Die weltweit herrschenden Regime mit der Mafia zu vergleichen ist selbstverständlich nur in einem gewissen Rahmen möglich. In einigen Bereichen funktioniert der Vergleich jedoch ganz gut. Im Zuge dessen betone ich an dieser Stelle, dass ich die Taten krimineller Personenkreise nicht rechtfertigen oder gar verharmlosen möchte. Die Vorgehensweise beider Seiten weisen jedoch Parallelen auf, die an dieser Stelle ein Mal aufgeführt werden sollten. Auch die Personalstruktur und Aufteilung der Machtbereiche weisen Gemeinsamkeiten auf.

Machtbereiche und Personalstrukturen

Gleich der Mafia teilen sich die Konzerne ihre Machtbereiche untereinander auf. Während es bei den kriminellen Organisationen um Bezirke, Städte oder Landstriche handelt, teilen sich Wirtschaft und Industrie wie zum Beispiel Mineralölkonzerne ihre »Zuständigkeitsbereiche« in Länder und Kontinente auf. Die Personalstruktur von Wirtschaft, Industrie und Mafia verläuft ebenfalls parallel. Die Wirtschafts-, Industrie- und Finanzwelt kann mit der Position des »Paten«, »Kiezkönig« oder »Kopf der Bande« verglichen

werden. Ähnlich wie Oberhäupter krimineller Organisationen, agieren auch die Mächtigen in der Wirtschafts-, Industrie- und Finanzwelt im Verborgenen und treten nur dann auf, wenn unbedingt nötig (Familie Quandt/, Familie Albrecht u.s.w.). Dahinter folgen die Befehlsempfänger. Die Bezeichnung für diese Personen lautet auf Seiten der »legal« agierenden, »Politiker«, »Richter« und »Staatsanwälte« zusammengefasst – Volksvertreter. Auf der »illegal« agierenden Seite werden sie unter anderem als »Rechte Hand vom Boss« betitelt. Sie haben dafür zu sorgen, dass die Interessen des Paten bzw. der Wirtschafts-, Industrie- und Finanzwelt in den jeweiligen Bevölkerungsschichten durchgesetzt werden. Das Fußvolk wird vom Staat und der Mafia gleichermaßen aus der einfachen Bevölkerung rekrutiert. Beamte im Verwaltungsdienst, Sozialarbeiter und Sachbearbeiter sowie Mitarbeiter vom Ordnungsamt haben das Volk in der Spur zu halten, es gegebenenfalls mit Sanktionen zu maßregeln. Für einen weitaus geringeren Personenkreis, jedoch mit gleichen Vorgaben, sind die Sonnenbrillen tragenden Maßanzugträger der organisierten Kriminalität zuständig. Hilft dies nicht, kommen die Schlägertrupps der Polizei und/oder Sondereinheiten bzw. der Organisierten Kriminalität. Der Staat ist darüber hinaus in der Lage, durch das Gesetz legitimiert, seine Macht notfalls mit militärischen Mitteln verteidigen zu können – auch gegen das eigene Volk (BVG-Urteil vom 3.7.2012, AZ 2 PbvU 1/11). Ähnlich wie bei den Schlägertrupps der Mafia, fragt auch bei der Polizei, deren Sondereinheiten oder der Bundeswehr keiner der Befehlsempfänger nach dem Sinn des Befehls und dem darin enthaltenen Wahrheitsgehalt, sondern führt jeden noch so widersinnigen Einsatz, frei von eigenem Willen durch.

Legale und illegale Drogen

Am Beispiel der »legalen und illegalen Drogen« wird die Farce des Staates genauso deutlich, wie die Tatsache, dass sich legale und illegale Personenkreise ähnlicher sind, als manch einem lieb sein dürfte. Während die kriminelle Gesellschaft einen Teil ihrer Gewinne aus dem Handel mit Kokain, Cannabis, Heroin und anderen Substanzen zieht, verdient der Staat an Tabak, Kaffee und Alkohol. Welche Drogen legal konsumiert werden dürfen bestimmt der Staat. Bei den politischen Entscheidungen in diesem Bereich geht es nicht darum, welche Substanz den Konsumenten am wenigsten Schaden zufügt, sondern um die Verteidigung des Monopols. Ginge es um das Wohl der Konsumenten, müssten diese frei entscheiden dürfen, was sie

konsumieren möchten.

Zum Vergleich: Der Alkoholkonsum fordert bundesweit jährlich etwa 74.000 Todesopfer*. Laut einer gesundheitsökonomischen Schätzung aus dem Jahr 2007 beträgt der volkswirtschaftliche Schaden für die Behandlung der Folgen des Alkoholkonsums 26,7 Milliarden Euro pro Jahr*. Der Tabakkonsum kostet hierzulande jährlich bis zu 120.000 Menschen* das Leben. Der Konsum von illegalen Drogen wie Kokain, Ecstasy und sonstigen bewusstseinsverändernden Substanzen hat 2011 gerade mal 986 Konsumenten dahingerafft. Der »Missbrauch« von Cannabis hat Null Todesopfer hervorgerufen. 2,4 Millionen Cannabiskonsumenten und 645.000 Konsumenten anderer illegaler Drogen stehen 19 Millionen Rauchern und 8,3 Millionen täglich Alkohol Konsumierenden gegenüber. Selbst wenn diese Zahlen angeglichen werden – 3,045 Mio. Konsumenten illegaler Drogen mit 986 Toten und 27,3 Millionen. mit 194.000 Toten, sterben an den legalen Drogen immer noch weitaus mehr als an den illegalen. Selbst wenn man die bundesweit durch die Drogenkartelle umgebrachten Personen mit hinzurechnet, liegt die Zahl der Toten unter der der legalen Drogen. Man muss kein Mathematikprofessor sein, um die Faktenlage zu erkennen. Dies verschweigen die Verantwortlichen jedoch nur all zu gern. Letzten Endes ist der Staat nichts anderes als der Zwischen(drogen)händler (Tabak, Kaffee , Alkohol u.s.w.) von Industrie und Verbraucher. Er legalisiert bewusstseinsverändernde Substanzen wie Alkohol und verharmlost den Genuss von Tabak und Kaffee – einzig und allein wegen des Profits. (*Quelle: Deutsche Hauptstelle für Suchtfragen e. V.)

Legales und illegales Glücksspiel

Beim Glücksspiel sieht es ähnlich aus wie bei den Drogen. Der Staat gibt vor, was erlaubt ist und was nicht. So lange wie die Spiele zur Unterhaltung und ohne finanzielle Interessen durchgeführt werden, bleibt der Staat außen vor. Kommt jedoch Geld mit ins Spiel, hält der Staat das Steuersäckl auf. Glücksspirale, Eurolotto und Sportwetten sind die Gesellschaftsspiele für die Masse. Internetspiele werden dagegen verboten oder soweit reglementiert, dass Spieler die Lust verlieren daran teilzunehmen. Um dem Gasthausbesucher die Zeit mit der Aussicht, das in den Alkohol investierte Geld bei einem Glücksspiel zurück zu bekommen, hängen in taktisch kluger Nähe zum Tresen Spielautomaten. Die feinere

Gesellschaft der Mittel- und Oberschicht vergnügt sich in den Casinos bei Poker, Black Jack und Roulette oder auf der Pferderennbahn.

Waffenhandel

Es gibt kein Geschäft, bei dem Staat und organisierte Kriminalität nicht ihre Finger im Spiel haben. So auch beim Waffenhandel. Weltweit erscheinende Bücher berichten seit Jahrzehnten über die korrupten und legal illegal oder nur illegal agierenden Waffenproduzenten -händlern und deren Kunden. In Deutschland war Karlheinz Schreiber ein stets verlässlicher Partner für Industrie und Abnehmer. Daneben gibt es die aus staatlicher Sicht rein illegal handelnden Waffenhändler, wie den Syrer Monzer al-Kassar mit dem Spitznamen »Prinz von Marbella«, und den Russen Wiktor Anatoljewitsch But, der seine Ware mit Großraumflugzeugen in alle Länder der Erden, bevorzugt nach Afrika, verfrachtete. But ist auch als »Händler des Todes« bekannt und wird in dem gleichnamigen Film von Nicolas Cage gespielt. Diese Herren bilden jedoch nur die Spitze des Eisbergs und befinden sich zudem inzwischen in Haft. Die legalen Waffenproduzenten und deren Zulieferer haben Namen mit Weltruf: Rheinmetall, Thyssen, Heckler&Koch, Walther, EADS, Daimler und Siemens sind nur die bekanntesten der Firmen, die Waffen produzieren oder die die Technik für die Waffensysteme liefern. Sie verschieben ganze Panzereinheiten, Flugzeugstaffeln und Raketensysteme in alle Herrenländer. Ganz zu schweigen von den Millionen an Hand- und Schnellfeuerwaffen, Granaten und Minen.

Steuer und Schutzgeld

Der Staat nennt es Steuer, die Mafia Schutzgeld. Der Begriff ist eigentlich egal. Für das Kassieren wird von beiden Seiten der selbe Grund angeführt. Es geht um die territoriale Sicherheit und Infrastruktur. Insbesondere seit den Anschlägen von Amerika im Jahr 2001, liegen diese Gründe neben den Aufwendungen für die seit 2008 herrschende Bankenkrise und die, als »Hartz-4-Schmarotzer« denunzierten Bezieher von staatlichen Leistungen ganz weit vorne, wenn es darum geht, den Steuerzahlern das Geld aus der Tasche zu ziehen. Immer wieder werden von staatlicher Seite aus neue »alternativlose« Gründe hervorgebracht, um noch mehr Geld zu kassieren. Die Gründe der Mafia sind gleichermaßen aus der Luft

gegriffen. Ob nun jemand sagt, er kassiere die Schaumweinsteuer, die im vergangenen Jahrhundert zur Finanzierung der Kaiserlichen Kriegsflotte eingeführt wurde, für die Sicherheit des Volkes oder jemand sagt, er kassiert »Steuern« damit die Geschäftsleute im Bezirk in Ruhe leben und arbeiten können – ganz ohne weitere Angabe von Gründen. Wer sich auf die erkauften, vorgegaukelten staatlichen Sicherheitsversprechen verlässt, sollte sich den Fall des Bremers Murat Kurnaz anschauen. Dieser wurde nach den Anschlägen am 11. September 2001 in Pakistan verhaftet, gegen ein Kopfgeld an die Amerikaner ausgeliefert, in das Gefängnis nach Guantanamo gebracht und dort bis zum August 2006 verhört und gefoltert. Am Ende wurde Kurnaz aus Mangel an Beweisen freigelassen. Fast Fünf Jahre saß er unschuldig in Gefangenschaft und wurde misshandelt. Der deutsche Staat hat sich in dieser Zeit einen Scheißdreck um ihn und seine Freilassung gekümmert und am Ende auch nur widerwillig wieder einreisen lassen. Darüber hinaus wurden zu dieser Zeit und werden vermutlich auch noch heutzutage von unseren Steuer(schutz)geldern zum Teil unschuldige Menschen mit Billigung des deutschen Rechtsstaates von anderen demokratischen Staaten entführt, über, in Deutschland liegende Flughäfen in andere Länder transferiert, um dort gefoltert und getötet zu werden. Ganz zu schweigen von den anderen Verbrechen, die wir mit unseren Steuern finanzieren und somit indirekt gutheißen.

Menschenhandel und Lohnsklaverei

Denn Menschenhandel mit der Lohnsklaverei hierzulande zu vergleichen wäre vermessen. Doch je nach Blickwinkel ergibt sich eine mafiöse Vorgehensweise bei der Sicherstellung staatlicher Interessen. Kriminelle Organisationen liquidiert missliebigen Mitarbeiter mit Waffen(Gewalt). Die Industrie vergiftet ihre Mitarbeiter und tötet durch ihre Skrupellosigkeit auf Raten. Die weltweite Abholzung der Regenwälder, Umweltzerstörungen durch Erdöl- und Erdgasförderung, Verschmutzung der Weltmeere mit Plastik-, Sonder- und Atommüll, Ausbeutung der ärmsten Bevölkerung durch menschenverachtende »Arbeitsverhältnisse« – auch eine Art von Gewalt. Der Gedanke, dass der Menschenhandel der Mafia in seinen Abläufen um einiges brutaler erscheint, verliert sich, wenn man sich die Informationen zu den Arbeitsbedingungen in anderen Ländern anschaut.

Alle, die wir für Heller und Pfennig arbeiten gehen, sind wir die Nutten

der Wirtschaft. Unsere Zuhälter sind unsere Arbeitgeber, die im direkten Abhängigkeitsverhältnis zu ihren Auftraggebern, der Wirtschaft stehen. Dazwischen agiert hilflos die Politik, die (leider noch immer mit Erfolg) versucht dem Volk Gerechtigkeit und eine sichere Zukunft vorzugaukeln. Die (Arbeits-)Verträge werden jedoch, wie bei der Mafia auch, direkt mit den Arbeitgebern (Zuhältern) und ohne dem Beisein des Staates geschlossen. Im Zusammenhang mit Leiharbeitsfirmen fällt immer wieder das Wort »Sklavenhändler«. Dieser Begriff kommt nicht von ungefähr, sondern beschreibt eine Tatsache. Selbst Konzerne besitzen ihre eigenen Leih(Sklaven)arbeitsfirmen, mit denen sie Festanstellungen umgehen und überschüssiges Personal jederzeit abziehen können. Früher wurden Sklaven auf dem Marktplatz oder direkt vom Schiff herunter verkauft. Heute findet dieser Handel über Zwischenhändler, wie Agentur für Arbeit, Jobcenter oder Leiharbeitsfirmen statt. Die Löhne sind für einen nicht geringen Teil der Beschäftigten so niedrig, dass sie als Bittsteller zum Jobcenter gehen müssen, damit ihr Lohn »aufgestockt« wird. Für manch einen von uns ist es somit völlig unerheblich, ob er eine Absage vom Amt bezüglich seines Leistungsanspruchs bekommt oder ihm irgendjemand eine Knarre vor die Fresse hält. Ganz nebenbei erwähnt, stellt jeder »Aufstocker« einen durch den Staat subventionierten Angestellten dar.

Geschrieben von Olly

Bild Text: Struktureller Aufbau der Mafia (Grafik von Christopher Sch.)